

LESERMEINUNG

Eine Initiative für die Fasnachts-Zeitung!

Die Vorankündigung, für Initiativ- und Referendumsbegehren öffentlich Gelder vom Staat zu erhalten, ist absurd. Die Initiative bzw. Gesetzesänderung wäre eine klare Schwächung des vom Volk gewählten Landtages. Sie ist absolut keine Stärkung der Volksrechte. Volksrechte sind nicht mit Geld zu erzwingen bzw. zu stärken, sondern mit Geist, Initiative, Visionen und Verantwortung. In Liechtenstein haben wir die stärksten Volksrechte, die per Initiative und Referendum jedem jederzeit offen stehen.

Mein Vorschlag ist, die Landtagsabgeordneten, die am Volk vorbei Beschlüsse fassen und vorbei politisieren, dass sie für den angerichteten Schaden haftbar gemacht werden können, falls ein solches Gesetz beschlossen würde.

Es ist fatal, wenn sparen auf allen Ebenen propagiert wird, im Handumdrehen aber aus momentanen, kurzfristigen Eigennutzen Geld für eine vielen nicht bewusste Staatschädigung ausgegeben werden soll.

Aufgabe des Landtages ist es, sich mit den anstehenden sozialen und wirtschaftlichen Umstrukturierungen zu befassen wie Abbau von Überregulierungen (Bürokratie), Arbeitslosigkeit, Asylmissbrauch, soziale Absicherung, Aussenpolitik (ist zurzeit sehr gut), Finanzplatz (Bankgeheimnis), Verkehr, Standortmarketing u.v.a.m. Aufgabe des Landtages ist es, vollziehbare Gesetze und Beschlüsse zu fassen, die unserem Land und den Bewohnern die Zukunft sichern.

Zusammengefasst: der Landtag darf auf diese Gesetzesinitiative nicht eintreten, auch mit Mehrheitsbeschluss nicht. Sollte der Landtag aus Angst doch darauf eintreten, so hoffe ich, dass dieser eine direkte Volksabstimmung beschliesst. Das Resultat kann sich jeder vorstellen.

Ich füge ein allgemein im Leben gebräuchliches Zitat an: «Nur das dümmste Kalb wählt den Metzger selbst».

Zu diesem Thema werde ich mich nicht mehr weiter äussern.

Günther Wohlwend,
Altlandtagsabgeordneter
und Altvorsteher, Eschen

IN KÜRZE

16 Aufenthaltsbewilligungen für EWR-Angehörige verlost

VADUZ – Insgesamt 19 EWR-Bürger/-innen können sich über ihre durch Auslosung erworbenen Aufenthaltsbewilligungen in Liechtenstein freuen. Am 14. Mai 2004 ging das erste von zwei Auslosungsverfahren im Jahre 2004 zu Ende. Im Zuge der Schlussauslosung wurden 16 Aufenthaltsbewilligungen für erwerbstätige und 3 Aufenthaltsbewilligungen für nicht-erwerbstätige Personen ausgelost. Diese Anzahl kann sich aufgrund der Möglichkeit des Familiennachzuges erhöhen.

Für diese erste Auslosungsrunde haben sich 239 Erwerbstätige und 8 Nichterwerbstätige beworben. Liechtenstein kommt mit den Auslosungen und der damit verbundenen Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen seinen EWR-rechtlichen Verpflichtungen im Sinne der ausgehandelten Sonderlösung, welche im Beschluss Nr. 191/1999 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses festgelegt wurde, nach. Wie erwähnt, wird es in diesem Jahr noch ein weiteres Auslosungsverfahren geben. Die Bewerbungen dafür sind zwischen dem 1. und 31. August 2004 beim Ausländer- und Passamt einzureichen. Die entsprechenden Teilnahmeformulare sind ab dem 15. Juli 2004 beim Ausländer- und Passamt erhältlich bzw. können unter der Internetadresse www.apa.li abgerufen werden. (pafl)

60 Prozent mehr Verkehr

FBP-Landesvorstand beschäftigte sich mit Berichten zum Verkehrsproblem

VADUZ – Laut einer Studie hat Lichtenstein gegenüber heute in rund 25 Jahren mitunter mit 60 Prozent Mehrverkehr fertig zu werden. Höchste Zeit also, schon heute Lösungsvarianten zu diskutieren und aufzugreifen. Entsprechende Perspektiven zeigt der neue Verkehrsbericht auf, über den Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck am Mittwochabend den FBP-Landesvorstand informierte.

• Martin Frommelt

Zum zweiten Mal innert Monatsfrist hat sich das zweithöchste Gremium der Bürgerpartei mit dem Thema Verkehr befasst. FBP-Präsident Johannes Matt sowie Geschäftsführer Marcus Vogt freuten sich, dass jetzt erstmals eine Regierungsumfassende Grundlagen für mögliche Verkehrslösungen vorlegen könne, die nun eine fundierte Diskussion zulasse.

15 Jahre bis zu Realisierung

Wie Rita Kieber-Beck eingangs erwähnte, hat sich bei Unfällen oder Kreiselsperren in Vaduz, die gar zu einem Rückstau auf der A13 führten, bereits verschiedentlich gezeigt, was ein Verkehrskollaps bedeutet. Schon heute sind die Hauptverkehrsstrassen zu Stosszeiten derart voll, dass immer mehr Automobilisten Schleichwege in den Quartieren suchen, was für die Anwohner zu immer mehr Belastungen führt. Die Basisdaten zeigen, dass das Verkehrsproblem zum grössten Teil hausgemacht und der Durchgangsverkehr im Vergleich zum Wirtschafts-, Freizeit- und Einkaufsverkehr verschwindend klein ist. Gemäss der vor vier Jahren erschienenen Strittmatter-Studie ist aufgrund der Einwohner-, Arbeitsplatz- und Grenzgängerprognosen bis 2025 mit bis zu 60 Prozent mehr Verkehr zu rechnen. Politik bedeute, dass man vorausschauend plane, sagte Rita Kieber-Beck. Da es zwischen zehn und 15 Jahre dauere, um etwas umsetzen zu können, müsse man jetzt die



FBP-Präsident Johannes Matt sowie Geschäftsführer Marcus Vogt freuten sich, dass erstmals eine Regierungsumfassende Grundlagen für eine neue Verkehrslösung vorliegt.

Weichen stellen, um einen Verkehrskollaps zu vermeiden, so die Verkehrsministerin.

Bussystem begrenzt

Wie Kieber-Beck ausführte, müsse man sich bewusst sein, dass das heutige ÖV-System (LBA-Busse) nicht auf den prognostizierten Mehrverkehr ausbaubar, deshalb müsse man sich mit einem alternativen Verkehrsmittel befassen. Dabei müsse man sich auch des Zeithorizonts bewusst sein, denn vom Entscheid für ein neues Verkehrsmittel bis zur Realisierung dauere es mehrere Jahre.

Öffentlich und/oder Individual?

Basierend auf der Strittmatter-Studie liess die Regierung nun zwei Studien ausarbeiten: Einerseits – ausgerichtet auf den öffentlichen Verkehr (ÖV) – eine Machbarkeitsstudie für ein neues Verkehrsmittel und andererseits – ausgerichtet auf den motorisierten Individualverkehr (MIV) – eine Studie mit (Tunnel-) Umfahrungsvarianten. Im kürzlich von der Regierung verabschiedeten Verkehrsbericht werden die Ergebnisse dieser Studien dargelegt. Ausführlich werden die ver-

schiedenen Möglichkeiten eines neuen Verkehrsmittels sowie von Umfangsmöglichkeiten mit ihren Vor- und Nachteilen aufgezeigt.

Bovor die Weichen gestellt werden können, braucht es laut Rita Kieber-Beck einen Grundsatzentscheid: Soll der motorisierter Individual- oder der öffentliche Verkehr mehr forciert werden, oder soll es letztlich eine Kombination von beidem geben?

Öffentlicher Verkehr

ÖV-Lösungen sind kernzonentreue (hohe Raumeffizienz), quantitätenflexibel und bieten ein hohes Wertschöpfungspotential im Land, allerdings sind sie schwer vermittelbar, da der Individualanspruch in Liechtenstein sehr hoch ist.

Motorisierter Individualverkehr

MIV würde Strassenbau bedeuten, sprich Umfahrungen, Tunnelösungen und Parkplätze. Laut Studie wären Tunnel-Umfahrungen in Schaanwald und Nendeln sehr verkehrswirksam, in Schaan und Vaduz dagegen weniger. Andere Möglichkeiten wären Umfahrungsstrassen, allerdings waren Strassenneubauten in den letzten 30 Jahren nicht

durchsetzbar. Rita Kieber-Beck zusammenfassend: «Reine MIV-Lösungen sind Lösungen auf Zeit. Ihre Nachhaltigkeit ist zu hinterfragen. Wenn die Nachhaltigkeit berücksichtigt wird, dann bringen reine MIV-Varianten keine Lösung.»

Eigentrassee-Lösung

Der neueste Verkehrsbericht kommt laut Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck zum Schluss, dass eine Eigentrassee-Lösung, sprich ein neues Verkehrsmittel, anzustreben ist, wenn in Liechtenstein eine bestmögliche Verkehrswirksamkeit erreicht werden soll, denn auf der bestehenden Infrastruktur ist nicht mehr viel auszurichten. «Wir wollen keinen MIV-Verdränger, sondern eine Ergänzung», hielt Rita Kieber-Beck fest.

Öffentliche Veranstaltungen

Die Ergebnisse der neuesten Verkehrsstudien werden zwischen Ende Juni und Anfang Juli im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen in Triesen, Schaan, Eschen und Mauren vorgestellt und diskutiert. Schon jetzt über allfällige Kosten zu sprechen, sei nicht zielführend und auch nicht seriös, sagte Verkehrsministerin Kieber-Beck.

THEMA

VADUZ – Im Rahmen der nächsten Sitzung vom 14. Juni 2004 wird sich der FBP-Landesvorstand mit dem Thema Schwangerschaftsabbruch befassen. Eine überparteilich zusammengesetzte Arbeitsgruppe hat dazu vor einigen Wochen einen Bericht vorgelegt. Wie Parteipräsident Johannes Matt am Mittwochabend sagte, sind die «Frauen in der FBP» mit der Vorsitzenden Christa Eberle an der Spitze bereits weit voran mit den Vorbereitungen für diese Informationssitzung des Landesvorstandes. Unter anderem wird eine kompetente Referentin erwartet. (MF)

LKW: Es geht um Qualifikation

Vorschläge für LKW-Verwaltungsrat vom Landesvorstand einhellig gutgeheissen

VADUZ – An seiner Sitzung vom Mittwochabend hat der FBP-Landesvorstand die Wahlvorschläge der Bürgerpartei für den LKW-Verwaltungsrat, die Landessteuermmission und die Landesgrundverkehrskommission vorgenommen. Diese Gremien werden im Juni vom Landtag neu besetzt.

• Martin Frommelt

Da seitens der Opposition bereits verschiedentlich moniert wurde, die FBP hätte etwas gegen Frauen, weil sie an der Spitze des LKW-Verwaltungsrates die bisherige Präsidentin Violanda Lanter-Koller (VU) durch den bereits im letzten Landesvorstand nominierten Alexander Ospelt ablösen wolle, stellte FBP-Präsident Johannes Matt am Mittwochabend klar, dass dieser Entscheid nicht gegen die Frauen gerichtet, sondern vielmehr eine Frage der Qualifikation sei.

Probleme bei den LKW

Johannes Matt sagte, es sei Aufgabe der Mehrheitspartei, sich der Verantwortung zu stellen und dort, wo es Probleme gebe, die Weichen



Einhellig wurden die Wahlvorschläge für verschiedene Verwaltungsratsmandate genehmigt.

für Korrekturen zu stellen. Beim LKW habe es in den letzten Jahren nicht zuletzt aufgrund der Vermischung der Verantwortlichkeiten von Geschäftsführung und Aufsichtsgremium Probleme gegeben, deshalb sei hier eine Änderung nötig. Egal ob Frau oder Mann, das Qualifikationsprinzip müsse Vorrang haben, so Matt, erst recht in einer Situation, die einer Verbesserung bedürfe. Mit Alexander Ospelt portiere die FBP einen bestens ausgewiesenen Kandidaten, der einerseits von seiner Ausbildung her für

seits als bisheriger LKW-Vize für Kontinuität bürge.

Einbezug der Kräfte

Wie Matt ausführte, ist die FBP auf den Einbezug der Kräfte bedacht. Obwohl sich die VU einer Koalitionszusammenarbeit verweigert habe, überlasse die FBP der VU freiwillig die Präsidentensitze bei der AHV und der Landessteuermmission, weil es dort in den letzten vier Jahren im Gegensatz zum LKW gut gelaufen sei. Der Landesvorstand hat folgende Nominierungen einhellig vorgenommen:

VORSCHLÄGE

LKW-Verwaltungsrat

- Alexander Ospelt, Triesen (bisher Vize)
- Mitglied Hubert Müssner, Benden (bisher Ersatz)
- Mitglied Georg Matt, Mauren (neu)
- Mitglied Anja Meier-Eberle, Schaan (neu)
- Ersatz Patrick Oehrli, Planken (neu)

Landessteuermmission

- Vizepräsident Peter Kaiser, Mauren (neu)
- Mitglied Xaver Biedermann, Schellenberg (bisher Ersatz)
- Mitglied Mario Frick, Balzers (neu)
- Ersatz Thomas Greber, Vaduz (neu)
- Ersatz Arno Gassner, Triesenberg (neu)

Landesgrundverkehrskommission

- Mitglied Rainer Gassner, Triesenberg (bisher Ersatz)
- Ersatz Alfons Ritter, Ruggell (neu)

ANZEIGE



3 1/2-Zimmerwohnung im
Vaduzer Städtle zu vermieten

JOSEPH WOHLWEND
TREUHAND AG - VADUZ
TEL. +423 237 56 00 / www.jwt.li